

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 126.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 199.

Bezugspreis f. Halle a. S. Quartale 2.40 Mk., halbjährlich 4.80 Mk., jährlich 9.60 Mk. Post- und Transportkosten sind nicht inbegriffen. Einzelhefte 20 Pf. Ausland 30 Pf. Einmalige Anzeigen 10 Pf. Wiederholungen 5 Pf. Anzeigen in Halle a. S. in allen Blättern Anzeigen-Preisen.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 57, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktion Telefon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Schriftleitung: Dr. Walter Oebenleben in Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Anzeigenpreise in f. sechsblättrige Beilage od. deren Raum f. Halle u. den Umkreis 20 Pf., außerhalb 30 Pf. Resten am Ende des Monats f. Halle u. den Umkreis 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Anzeigen in Halle a. S. in allen Blättern Anzeigen-Preisen.

Geschäftsstelle in Berlin Dessauerstr. 14. Telefon-RAM Via Nr. 11 404. Druck und Verlag von Otto Zöfel in Halle a. S.

Freitag, 16. März 1906.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 16. März.

*** Deutsch-Südwestafrika.** Amtliche Meldung. Gestorben: Gefreiter Johann König, geboren am 6. 9. 82 u. Vorkämpfer, früher im 2. Ober-Sächsischen Feldartillerie-Regiment Nr. 51, im Gefecht bei Bellairitz am 8. März verunndet, am 9. März 1906 infolge innerer Verletzung. Ritter Johann Bogt, geboren am 27. 1. 83 u. Vorkämpfer, früher im 1. Königlich Bayerischen Infanterie-Regiment, am 12. März 1906 im Feldlager bei Kibitburg am Nierensteinschlag.

*** Deutsche Reichstagsabgeordnete aus den Kolonien** fordert in ihrer neuesten Nummer die „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung“. Sie meint, daß der kurze Aufenthalt einzelner Abgeordneter in den Kolonien nicht entfernt zur Gewinnung eines einigermaßen abgeschlossenen Urteils über die Verhältnisse der Schutzgebiete genügt, und zieht aus dieser Auffassung die Konsequenz:

„Unter drei größten Kolonien, Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwestafrika und Kamerun mit Logo, sind in ihrer Entwicklung bereits soweit vorgeschritten, daß sich dort qualifizierte Männer zur Besichtigung befinden würden. Es fragt sich nur, wo sollen dieselben ihre Stimme zur Geltung bringen? Und die einzige Antwort auf diese Frage erscheint uns: Als Abgeordnete der betreffenden Kolonien im Deutschen Reichstage. Wenn im Reichstage 3. B. die drei gewählten Vertreter der betreffenden Kolonien sitzen, so würde man über manche Schutzgebiete, die heute noch vorhanden sind, mit Vollmacht hinwegkommen. So würde 3. B. ein aus Ost- oder Südwestafrika bestellter unabhängiger Reichstagsabgeordneter über die Entschädigungsansprüche der Anwohner nach Aufstehen in ganz anderer Weise referieren können, als ein Beamter der betreffenden Kolonie oder des Reiches. Viele Fragen, die die Kolonie bewegen, ließen sich auf diese Weise am besten lösen, und das Vertrauen, welches die Kolonie im deutschen Volk zu erlangen strebt, würde schnell steigen.“

*** Kaiserliches Telegramm.** Der Kaiser hat an den Hauptmann Volkman in der Schutztruppe für Südwestafrika folgendes Telegramm gerichtet:

„Ich erteile Ihnen, sowie den bei der Unterwerfung des Cornelius beteiligten Truppen Meines warmen Anerkennung aus und verleihe Ihnen den Kronorden dritter Klasse mit Schwertern.“

*** An der Sitzung des Bundesrats** am 15. c. fanden der Ausschlußbericht betreffend den Verordnungsverstoß mit Gerbölchen und der Ausschlußbericht über die Vorlage vom 22. Februar d. Js. betreffend die Errichtung einer Unterrichtsstelle für das in das Zollland eingehende Fleisch bei dem Hauptzollamt Pforten Zustimmung.

*** Die Steuerkommission des Reichstages** begann am Donnerstag die zweite Sitzung des Steuerregels mit der *W a n n e r v o l a g e*. Paragraph 1 wurde in folgendem Wortlaut angenommen: Zur Vertretung von untertägigen Bieren darf nur Gersten-Malz, Hopfen, Diste und Wasser verwendet werden. Die Bereitung von obertägigen Bieren unterliegt derselben Vorschrift. Es ist jedoch hierbei auch die Verwendung von anderen Malz und von technisch reinem Rohste und Mälzenerzeugnis, sowie von Schrotgerste und aus andern geeigneten Getreidearten zulässig. Paragraph 2 und 3 bleiben unverändert. In Paragraph 1a, welcher lautet: Die Brauereier sind von den zur Verbrauchssteuer verwendeten Malz und Zucker erhoben, beschließt die Kommission folgenden Absatz 2: Malz Zucker im Sinne dieses Gesetzes sind die in Paragraph 1, Absatz 1, bezeichneten Getreidearten einschließlich der daraus hergestellten Rohmälze zu verstehen. Paragraph 1 b, der von den bierähnlichen Getränken handelt, von denen die Kommission erheben werden kann, wurden in Absatz 1 unverändert angenommen. Absatz 2 wurde wie folgt gefaßt: Andere als die am Satze des Paragraphen 1, Absatz 1, bezeichneten, zur Herstellung von Bier oder bierähnlichen Getränken bestimmten Zubereitungen (Weintraute etc.) dürfen nicht in den Satze gebauet werden. Der Paragraph 3, der die Besteuerung der in Paragraph 1 a bezeichneten Stoffe betrifft, wurde angenommen. Nach längerer Beratung des Paragraphen 3a, der die Einführung der Steuer behandelt, wurde die Beratung auf heute, Freitag, vorrätig vertagt.

*** Sr. Majestät der Kaiser.** Das Linienschiff „Räther Wilhelm II.“ hat Donnerstag mittag um 1 Uhr unter dem Salut der Batterie den Segelorden Ankerplatz verlassen und ist samt den Begleitschiffen nach der Weser zu abgegangen. Die von Sr. Majestät beabsichtigte Besichtigung der durch die Sturmflut beschädigten Dämme mußte wegen des starken Seeganges unterbleiben.

*** Die verwitwete Frau Gertrud Stöckel** zu Mecklenburg-Magdenburg verstorben am 15. März, sie verheiratet, seit einige Jahre im Schloß Marz bei Wetzlar am doppelseitigen Lungenkatarrh erkrankt. Obwohl die ärztlichen Erklärungen günstig verliefen, traten Schwindelzustände des Herzens ein, die zu ernsther Besorgnissen Anlaß gaben.

*** Das Erzgebirgs-Präsidat.** Wie der „Staatsanzeiger“ meldet, verließ die Kaiserin der Hofstaatmadame Clara von Gersdorff das Präsidat Erzgebirgs.

*** Veränderungen am Reichsgericht.** Der zum Reichsamt ernannte Kammergerichtsrat Richter war Hilfsarbeiter bei der Reichsamtverwaltung und tritt an die Stelle des als selbstverordneter Bundesratsbevollmächtigter nach Berlin berufenen Reichsamtassistenten Treutleins-Moerbes. An die Stelle Richters tritt der Staatsanwalt Dr. Joel, bisher am Kammergericht in Berlin. Zum Staatspräsidenten wurde ernannt Reichsgerichtsrat Dr. Kaufmann, zum Reichsgerichtsrat Oberlandesgerichtsrat Dr. Blüthner. Am 1. April tritt freiwillig in den Ruhestand Staatspräsident Dr. Freisleben und Reichsgerichtsrat Dr. von Lippmann.

*** Aus der zweiten heftigen Kammer.** Am 15. März wurde die zweite Sitzung der zweiten heftigen Kammer eröffnete bei der Beratung des Justizstaats des Staats- und Justizminister Oswald. Eine politische agitatorische Bestimmung der Richter über ihre Verbindlichkeit ist ermittelte, daß sich die Richter in politischer Betätigung Zurückhaltung aufweisen. Was die Gleich-

berechtigung der höheren Lehnanstalten zur Vorbereitung für das Studium der Jurisprudenz betrefte, so habe er keine Bedenken, falls man diese Gleichberechtigung der drei Klassen von höheren Lehnanstalten zu eigenen brauche. Die humanistische Vorbildung sei allein nicht genügend für einen guten Richter. Bezüglich der Strafrechtsreform sagte der Minister, daß sich die Kommission neuerdings für die Abschaffung der Schwurgerichte und Ersatz derselben durch große Schöffengerichte ausgesprochen habe. Die Beiräte der Gerichte solle er nicht, und im Falle der seiner Ansicht nach das Vertrauen zu den Schwurjurorn nicht erschütterte. Und das sei für eine gute Rechtspflege die Hauptsache. Die Berufung gegen Schwurgerichtsurteile einzuführen, halte er für inädelig. Das Verlangen des Volkes gehe auch immer nur nach einer Verlegung ohne Stoffmangelurteile. Diese habe er in bezug auf die Anterurteil berechtigung, was die Frage der Verurteilung betrefte, so habe die Kommission dahin abgesehen, daß die Frage nach den Verurteilungen bei den Gerichten nur gestellt werden solle, wenn das Gesetz für sie unbedingt notwendig halte.

Deutscher Reichstag.

66. Sitzung vom 15. März 1906, 1 Uhr.

Am Bundesrat: Erbringer zu Hohentelge-Langenburg.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des dritten Nachtragsartikels für Ostafrika. Der Nachtragsartikel umfaßt insgesamt 2 107 875 Mark, darunter 1 571 300 Mark zur Wiederherstellung des Aufwandes und 307 000 Mark zur Entlastung der Mittelverwaltung.

Schleiermann: Die ganze Kolonialverwaltung ist sehr überzogen, daß Hauptmann Brandeis in gutem Glanzen gehandelt hat. Was der Fall nach betrifft, so hat die Kolonialverwaltung das Recht gehabt, doch nach seiner Milderung aus der Kolonie wieder der preussischen Justiz übergeben zu lassen. Es ist keineswegs richtig, daß die Kolonialverwaltung das Zentrum des Landes gegenüber dem Berliner Oberlandesgerichtspräsidenten verfehlert. Da der Fall nach, wie ihn der Abg. Erbringer geschildert hat, nicht guttun, muß ich den Abg. Erbringer den Vorschlag machen, daß er höhere Vertreter gegen die Verwaltungsbürokratie erhebt, ohne Einsicht in das ganze Material zu nehmen.

Abg. Dr. Arendt (M.): Ich habe nicht die Absicht, in die Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. Erbringer und der Kolonialverwaltung einzugreifen. Wenn der neue Kolonialdirektor seine hier dargelegten Verwaltungsmängel in die Praxis übersetzt, wird er eine erfolgreiche Kolonialpolitik treiben können. Ansonsten werde ich mich die Justiz überlassen, daß nicht der Verlust werden soll. Es sind viele Fehler in der Kolonialverwaltung gemacht worden, man hat zweifelhafte Erzeugnisse in die Kolonien hinausgeschickt. Wir dürfen die Menschen nicht nach zwei oder drei Jahren zurücksenden, sondern müssen ihnen dauernde ein Lebensziel schaffen. Die Mittel, die wir dafür aufwenden, werden auch Zinsen tragen. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wird beschleunigt und die Kosten für die Militärverwaltung werden herabgesetzt werden. Beachtlich ist die Ablehnung der Forderung für Errichtung eines Lehrstuhls für Kolonialrecht durch das preussische Abgeordnetenhaus. Man hat sich bei uns entschieden zu unvollständiger Erfolge von der Kolonialpolitik verstanden; jetzt ist eine gewisse Abnahme eingetreten, unter der die ganze Kolonialpolitik leidet. Bebel hat gefragt, was wir mit den Kolonien anfangen wollen. Vielleicht könnte man ihnen einen Gouverneursposten anvertrauen, für Deutschland wäre das zweifellos ein Glück, ob für die Kolonien, ist eine andere Frage. Sie (zu den Sozialdemokraten) geben den Leuten immer Unrecht und allen Göttern Recht. Widerspruch gegen den Satz, daß die Kolonien ein gewisses indirekte Anerkennung unserer Kolonialverwaltung. Eine Kolonialpolitik ohne Erwerbungscharakter ist gar nicht möglich. Auf das Ergebnis kommt es an. Wir müssen natürlich alles tun, um Vorstände zu vermeiden, das geht über die gute Verwaltung, eine entsprechende Temperament und ein Maß von Weisheit und Ehrenhaftigkeit. Wenn der Gouverneur als Ersatz für gewisse Beamten weitere Truppenverpflichtungen verlangt, so werden wir diese in einem weiteren Nachtragsartikel bewilligen müssen. Vor allem ist der Ausbau der Handelsstationen von Progreso nach Sielowa notwendig, denn an der Bahnhofsstation empfängt sich Kulturleben. Ich bin angenehm darüber gewesen, daß Abg. Bebel bei der Aufschüttung seiner Erfolge in der Kolonialpolitik die Namen Reich, Weichau u. a. nannte, nicht aber Dr. Peters. Nach dieser Richtung hin scheint er selbst sich nicht als „erfolgreich“ zu betrachten. Es ist bedauerlich, daß im Prozeß Peters ein Wiedererwerbungsverfahren nicht möglich ist; der Fall Weichau zeigt, daß die Gegenüberstellung einer Verurteilung bedarf. Bebel, wie ich ausführlich auf den Fall Peters ein und bereit aufzufassen bei Überlegen des Landesfähigkeit gewordenen Reutnants Frontart u. Schellendorf. Ein Teil der Schuld an unseren Mißerfolgen in der Kolonialpolitik dürfte die Linte dieses Jahres. (Zuruf: richtig.) Aber auch die Regierung ist nicht schuldlos, sie hätte mit größerer Berne für ihre Forderungen eintreten sollen, dann hätte sie auch mehr durchgesetzt. Wir stehen in dem festigen Augenblicke an einem Wendepunkte in der Kolonialpolitik. Wir gehen jetzt mit größerer Leichtigkeit an eine Entlastung der Kolonien heran. Der Nation sind jetzt die Augen aufgegangen für die Bedeutung der Kolonien, für die gesamte nationale Entwicklung. Wenn die Sozialdemokratie verständig wäre, müßte sie auch der Sozialpolitik vernünftig stehen. Raden bei den Sozialisten ist so gegenständig für die Arbeiter wie die Kolonialpolitik. (Zuruf: richtig.) Jetzt beginnt die Arbeit in den Kolonien fruchtbar zu werden. Jetzt kommen die ersten Dividenden (Raden bei den Sozialisten), und wenn Sie (zu den Sozialisten) jetzt so freudig lachen, wie zuletzt lacht, lache auch ich. Wenn man den ersten Dividenden der deutschen Kolonialpolitik schreiben wird, so wird der Nachwelt nichts so unbegreiflich erscheinen, wie die Gegenpartei gegen unsere Kolonien. Die Kolonien sind nicht wertlos. Gehen Sie nur hinaus, Sie werden sich von ihrem Werte überzeugen. (Zuruf: Beifall.)

Abg. Dr. Pöhl: Ich bin im Hinblick auf das Kolonialprogramm des Herrn Dr. Arendt und dem, was uns der Erbringer zu Gehör gebracht vorgetragen hat, scheint mir doch ein kleiner Unterschied zu sein. Wenn endlich wieder die Kolonialverwaltung aus der Rechts-

lungen vorliegen? Seit 1890 ist das nicht mehr geschehen. In anderen Ländern haben wir die Vorbereitung gemacht, daß man in der Auswahl der Kolonialbeamten möglichst vorzüglich sein soll. Wäre der Fall nach uns in einer Petition unredigiert worden ohne die beabsichtigten Neuanstellungen, so hätte die Kommission die Petition ohne viele Umstände erledigt. Der Reichstag hat als Hauptträger des Reiches nicht gegen den Beamten, sondern ohne den Willen des Reichstages die nötigen Ausgaben gemacht, und deshalb finden wir kein Bedenken in der vorläufigen Genehmigung. Wir stehen auf einem Wendepunkte der reichlichen Entwicklung unserer Kolonien, nämlich vor der Frage: sollen wir die Träger des Islam oder des Christentums unterstützen? Die Antwort kann doch im eigenen Interesse des Reiches nicht zweifelhaft sein. Daher die Petitionen der Missionen für ihre Schulen. (Beifall.)

Beilertreter: Direktor im Kolonialamt Erbringer zu danken für die Vorbereitung der Petition, die über das Verhältnis zu den entlassenen Beamten sprach. Auch wir wünschen, daß seine Mahnungen beherzigt werden. Wir bemühen uns, das beste Menschenmaterial zu bekommen. Aber auch die Verwaltung kann sich in einem Menschen täuschen. Wir ertragen eine Verlängerung der Dienstkontrakte, aber wir können einen hinderlichen Faktor nicht akzeptieren, nämlich das Alimo. Dann wurde von einer Entlastung des Alimo von der Militärverwaltung liegt das fern. Wir hatten Zeitstand und Christentum für unabänderlich miteinander verbunden. Allgemein den Missionen Religionsunterricht ist den Regierungsschulen zu übertragen, ist die Zeit noch nicht gekommen.

Schleiermann: Die Verwaltung bedeutet ebenso wie der Reichstag die Verbesserung der Verhältnisse und erweitert die Verwaltung. Zu allgemeinen sind die Maßnahmen aufgeben auf dem laufenden. (Beifall.)

Abg. Dr. u. Mühlstein (kon.): Ich bedaure, daß in einzelnen hier Fälle disziplinierter Beamten zur Sprache gebracht werden. Die Disziplin aus nicht erhöhen. Wir müssen ein leistungsfähiges Material schaffen, wir können mit unternichtsausscheidungen nicht die wirtschaftliche Schädigung bewirken. Den Beamten wie uns im allgemeinen, wir müssen uns nur vor dem sogenannten Missionsamt stellen. Dann aber müssen wir unter Nachsicht auf eine andere Grundlage stellen, sonst wird es nie besser; ich frage mich, daß eine Vorlage schon ausgearbeitet ist. Nur eine selbständige Verantwortung hat, arbeitet auch mit der Gewissenhaftigkeit und Freude, wie wir es gerade für unsere Kolonien wünschen müssen. (Zuruf: Beifall.)

Abg. Dr. Zentler (M.): Mit den Ausführungen des stellvertretenden Kolonialdirektors von vorgestern sind wir einverstanden. Sie können aber unsere Augen nicht für die früheren Fehler verblenden. Wir erleben Anläufe, doch man es hier zur letzten Zeit verübt hat, Geld, viel Geld aufzugeben. Wären die Zahlen zur rechten Zeit bekannt, dann hätten wir die Kolonien schon längst beiseite und die Ausgaben vermieden. Das Schwergewicht der Verwaltung muß allmählich mehr und mehr in die Hände der Gouverneure gelegt werden. Es fehlt uns auch an einem Kolonialprogramm. Wir müssen die Kolonie derart erschließen, daß Kolonialpolitik unmöglich werden. Ich möchte gern erwidern, daß die Kolonialverwaltung viel Geld in die Hände bekommen.

Abg. Hartmann (M.): In der Vergangenheit sind Fehler gemacht worden, man hat uns Versicherung versprochen. Neben viel als Zurückhaltung in der Kritik. Grundlage der Reform der Kolonialverwaltung ist Lieberingensprogramm mit den Zielen der Kolonialpolitik. Wir Christlich-Sozialenpolitik zu treiben, wie Abg. Erbringer will, ist einseitig. Neben den wirtschaftlichen Aufgaben können gewisse kulturelle und soziale Momente in Frage, aber in erster Linie steht die nationalökonomische Bedeutung der Kolonien. Kolonialpolitik ist immer Erwerbungsleistung gewesen; je braucht uns deswillen nicht Ausbeutungsprogramm im Sinne der Sozialdemokratie zu sein. Ich glaube, mit der Zeit wird auf die Sozialdemokratie die Erkenntnis gewinnen, daß eine gesunde Kolonialpolitik im Interesse der Arbeiter liegt. Die Regierung hat eine Verbindung in der Kolonialpolitik gemacht, wir können sie jetzt rückfalls unterrichten. Mit Nach ist der Kolonialdirektor die sachgemäße Schulung der Kolonialbeamten in den Vorberedung gegeben. Erfreue ich mich über die Erklärung des Reichstages über eine Veränderung im Nachsicht. Von religionslosen Regierungsschulen kann nicht die Rede sein. Die Regierung hat diesen Gebiete aber nicht verübt, nicht nur am Damp, sondern auch an Ozeanien. (Zuruf: Beifall.)

Abg. Leberend (ZM): Ich ausführlich auf den Fall Nannenberg ein und behauptet, der Kolonialdirektor habe im März u. J. die Begnadigung Nannenbergs zu Festungshaft aus Scham herabgeworfen. (Präsident Graf Wolffersheim rügt die Strömung eines Sondergesetzes des Kaisers.) Zu einem Kolonialprogramm, das die Kolonialpolitik nicht wertlos, wie ich nicht befinde. Nach weiterer Debatte verlegt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. Schluß nach 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung vom 15. März 1906, 1 Uhr.

Am Ministerpräsidenten: Herr v. Rheinbaben, v. Westmann, Sellweg, Studt. Auf der Tagesordnung steht die dritte Sitzung des Staats-

der Generalstaatsrat bemerkt: Abg. Artz, u. Böhm (freil.): Unsere Anträge sind günstig. Ausgezeichnete ebenfalls oder ich nicht, daß jetzt Verträge gemacht werden, unsere Eisenbahnmaßnahmen für Reichsweite in

